

Hans O. Hemmer

Politik ohne Perspektive?

Zur programmatischen Diskussion in der Frühphase der
deutschen Gewerkschaftsbewegung

Hans O. Hemmer, geb. 1946 in Velbert, ist Redakteur bei den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“.

Gewerkschaftliche Programmatik ist in Deutschland jünger als die Gewerkschaften. Erste umfassende programmatische Grundsätze wurden auf dem Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 in München beschlossen¹. Heißt das, daß die Gewerkschaften in Deutschland hundert Jahre ihrer Entwicklung ohne Festlegung von Grundsätzen, ohne programmatische Leitlinie Politik gemacht haben? Oder ist daraus der Schluß zu ziehen, daß durch programmatische Konsensbildung die Spielräume autonomer Gewerkschaftspolitik, die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, eingeengt würden? Oder wurde schließlich „Programm“ als Abladeplatz für radikale „Theorie“ und Forderungen, die lediglich konformistische Tagespolitik kaschieren sollen,

¹ Wirtschaftspolitische und sozialpolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, s. Protokoll Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.—14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 318—330.

eingeschätzt? Die programmatische Zurückhaltung der Gewerkschaften ist jedenfalls im Laufe der Zeit vielfältig erklärt, begründet, entschuldigt worden, und es ist kaum möglich, die historischen Bedingungen und Zusammenhänge dafür im einzelnen bloßzulegen. Hier handelt es sich um den Versuch, die Anfänge gewerkschaftlicher Programmatik am Beispiel der Beziehung zwischen Sozialdemokratischer Partei und Freien Gewerkschaften zu beleuchten.

*Gewerkschaften bei Lassalle und Marx*²

In der gegenwärtigen Diskussion um ein neues DGB-Grundsatzprogramm ist zu Recht auf die Bedeutung des Verhältnisses Parteien — Gewerkschaften hingewiesen worden: „Die Ursachen für das Fehlen geschlossener Konzepte waren begründet im Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien. Dieses Verhältnis war teils durch Abhängigkeit und teils durch Arbeitsteilung gekennzeichnet. Die ersten deutschen Gewerkschaften waren Gründungen der Parteien³.“

Anders als in England, wo die *Labour Party* eine späte Gründung (1900/1906) der bis dahin mit bürgerlichen Parteien kooperierenden Gewerkschaften (*Trade Unions*) war, spielten in Deutschland in der Tat die jungen Arbeiterparteien eine wichtige Rolle bei der Konstituierung lebensfähiger überregionaler Gewerkschaftsorganisationen. Abgesehen von der Frage, welche materiellen und personellen Grundlagen Gewerkschaften in der Zeit der Industrialisierung in Deutschland haben konnten, ist in unserem Zusammenhang wichtig, welche Rolle ihnen in Analyse und Strategie der Parteigründer und -inspiratoren zugemessen wurde*.

Ferdinand Lassalle, Gründer der ersten deutschen Arbeiterpartei, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), achtete die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Politik gering. Das von ihm verkündete „eherne Lohngesetz“, wonach der „durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist“⁵, ließ gewerkschaftliche Anstrengungen von vornherein als aussichtslos erscheinen. Folgerichtig sah Lassalle nicht im Koalitionsrecht, dem Recht, sich in Verbänden zusammenzuschließen, eines der

2 Zur „Marx'schen Gewerkschaftstheorie“ ist vor kurzem erschienen: Rainer Zoll, *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften*, Frankfurt/M. 1976. Außerdem: N. Auerbach, *Marx und die Gewerkschaften*, Berlin und Leipzig 1922 (Nachdruck Berlin [W.] 1972).

3 Heinz O. Vetter, Für ein neues Grundsatzprogramm des DGB, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4/76, S. 105.

4 Gewerkschaftsähnliche Vereinigungen wie Handwerker- und Gesellenbünde, Arbeiterverbrüderungen u. a. sind allerdings schon viel früher entstanden, etwa in den Revolutionsjahren 1848/49. Sie wurden meist bald nach ihrer Gründung verboten. Die neugegründeten Gewerkschaften waren sich dieser Tradition bewußt und pflegten sie zum Teil sehr deutlich.

5 Ferdinand Lassalle, *Offenes Antwortschreiben*, 1863, zit. nach: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. und eingeleitet von D. Dowe und K. Klotzbach, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 115.

dringlichen Ziele der jungen Arbeiterbewegung, sondern in der Erringung des allgemeinen Wahlrechts und in Produktivassoziationen mit Staatskredit. Diese — später oft als staatssozialistisch gekennzeichnete — Politik zusammen mit der autoritären, streng auf den Präsidenten zugeschnittenen Organisationsform des ADAV boten einen schlechten Nährboden für die Entfaltung gewerkschaftlicher Aktivitäten oder gewerkschaftlicher programmatischer Überlegungen. Auch unter den Nachfolgern des ADAV-Gründers gab es keinen Kurswechsel in der Gewerkschaftsfrage, obwohl der umstrittene ADAV-Präsident *von Schweitzer* 1868 — angesichts der zunehmenden spontanen, meist örtlich begrenzten Streikaktivitäten und Organisationsversuche — als erster (sozialistischer) Politiker die Gründung von Gewerkschaften vorantrieb. Er unterstellte die auf Flexibilität angewiesenen Gewerkschaften strikt der Partei und zwängte sie so in eine unangemessene zentralistische Organisation. Damit waren die gewerkschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten unterbunden; dieser Organisationsversuch scheiterte.

August Bebel — zusammen mit *Wilhelm Liebknecht* Gründer der zweiten sozialistischen Arbeiterpartei (Sozialdemokratische Arbeiterpartei, „Eisenacher“) — gestand in der Rückschau ein, die Gewerkschaften in seiner politischen Frühzeit als bloße „Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie“⁶ angesehen zu haben. Wenn es hier auch Übereinstimmungen mit den Lassalleanern gegeben haben mag, stellten doch Bebeis. „Musteratuten für deutsche Gewerksgenossenschaften“⁷ von 1868 einen frühen Versuch dar, gewerkschaftliche Organisation und Aufgaben detailliert zu ordnen.

Auch *Karl Marx* und *Friedrich Engels* schätzten die Rolle der Gewerkschaften innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung wesentlich anders ein als Lassalle und seine Nachfolger: Sie hielten die Gewerkschaften für die „Organisationszentren der Arbeiterklasse“ und maßen etwa Lohnkämpfen einen hohen Stellenwert bei. Mit der Weiterentwicklung ihrer Analysen — z. B. der Lohntheorie — änderte sich ihre Beurteilung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten: Der gewerkschaftliche Kampf könne die „Elastizität“ des Lohngesetzes zwar nutzen, nicht aber „den Gegensatz zwischen Kapitalistenklasse und Lohnarbeiterklasse“ beseitigen und müsse deshalb mit einem revolutionären Programm, das auf die Abschaffung des Lohnsystems ziele, verbunden werden⁸. Hier deutete sich die Notwendigkeit der politischen Gesamtorganisation bzw. der mögliche Konflikt zwischen ökonomischer und politischer Interessenvertretung an.

6 August Bebel, *Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien*, Stuttgart 1900, zitiert nach Helmut Hirsch, *August Bebel, sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften*, Frankfurt (M.)/Wien/Zürich 1969, S. 349.

7 August Bebel, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1 (1863—1878), hrsg. von Horst Bartel, Rolf Dlubek und Heinrich Gemkow, Berlin (O.) 1970, S. 603—618.

8 S. hierzu Marx/Engels, *Ober die Gewerkschaften*, Berlin (O.) 1971, S. 451, sowie Frank Deppe, *Gewerkschaften*, in: *Marxismus im Systemvergleich*, hrsg. von C. D. Kernig, Politik, Bd. 2, Frankfurt/New York 1973, S. 65 f.

Marx hat sich in einem von / . *Hamann*, dem Kassierer der Allgemeinen Deutschen Metallarbeitergewerkschaft, wiedergegebenen Gespräch 1869 entschieden „zur Beziehung zwischen Gewerkschaften und politischen Vereinen“ geäußert:

„Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemadit werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen⁹.“

Auf diese Worte — auch wenn sie deutlich im Gegensatz zu anderen Äußerungen von Marx und Engels über die Rolle der Gewerkschaften stehen — konnten Befürworter gewerkschaftlicher Unabhängigkeit immer wieder zur Begründung ihrer gegenüber der Partei eigenständigen, stark reformistischen Politik hinweisen.

Soviel mag bei diesem kurzen Blick auf die Einschätzung der Gewerkschaftsbewegung bei den „Klassikern“ deutlich geworden sein: Während die Lassalleaner gewerkschaftliche Arbeit prinzipiell geringschätzen mußten, maßen Marx und Engels ihr größere Bedeutung zu, allerdings ohne das Verhältnis von politischer und ökonomischer Organisation und Arbeit endgültig zu klären. Sie waren in ihrer Zeit „noch nicht dem praktischen Problem konfrontiert, die Beziehung zwischen einer starken Arbeiterpartei und einer konsolidierten Gewerkschaftsbewegung bestimmen zu müssen“¹⁰. Diese Frage nach dem Kräfteverhältnis von Partei und Gewerkschaft prägte seit der Vereinigung von Lassalleanern und „Eisenachern“ zur SDAP im Jahre 1875 bis zur Massenstreikdebatte des Jahres 1905 (und darüber hinaus) die Diskussion in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Damit verbunden war die Debatte über Theorie und Praxis, um das Nebeneinander von gewerkschaftlicher Reformarbeit und radikaler Parteiprogrammatik, von gewerkschaftlichen Bürokratisierungstendenzen und Massenmobilisierung.

„Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaft

Über Inhalte und Formen praktischer gewerkschaftlicher Politik herrschte in der Frühzeit der organisierten Arbeiterbewegung große Unsicherheit. So wurde der Nutzen von Streiks nicht nur von den Lassalleanern, sondern auch von Männern wie Wilhelm Liebknecht ganz erheblich bezweifelt. Die Frage, ob Gewerk-

⁹ Abgedruckt bei: August Bringmann, *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung*, 2. Aufl., Hamburg :1909, S. 303/304. 10

Dcppe, a.a.O., S. 68.

schaften durch ein eigenes Unterstützungswesen die Folgen kapitalistischer Wirtschaftskrisen mildern durften oder ob staatliche Sozialpolitik zur Emanzipation der Arbeiterschaft beitrüge, waren ebenso heftig umstritten¹¹. Auch hier lief die Diskussion bald auf das Problem der „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaft zu: *Theodor York* und *Carl Hillmann*, beide ursprünglich Lassalleaner, Mitglieder der Eisenacher Partei und Gewerkschaftspraktiker, machten den ersten Versuch, durch eine Verschmelzung marxistischer und lassalleianischer Analyse und Theorie diese Spannung zu lösen.

Theodor York, der Vorsitzende der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter, propagierte seit 1869 die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von der Partei. Organisation der Arbeiterschaft, Stabilisierung des Solidaritätsgefühls waren für ihn die zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben — auf diesem Weg würden die Arbeiter der Sache des Sozialismus und der Partei gewonnen. Die Rolle des Streiks schätzte auch York eher gering ein, er erhoffte sich mehr von der Einflußnahme auf die Gesetzgebung — etwa in der Arbeitszeitfrage — und von der Errichtung von „Produktivassoziationen“. York versuchte, seine Pläne durch eine Gewerkschafts*union* zu verwirklichen, die die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen in einer Föderation zusammenfassen sollte. In der Gründungsresolution von 1872 heißt es:

„In Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel, ob sie konservativ, fortschrittlich, liberal oder Sozialdemokraten sind, gleich sehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongreß es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, allen Parteihader beiseitezusetzen, um auf dem *neutralen Boden* einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingung eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen. Insbesondere aber haben die verschiedenen Fraktionen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern . . .¹².“

Hier wird klar die Forderung nach parteipolitischer Unabhängigkeit der Gewerkschaften formuliert. Der Buchdrucker Carl Hillmann hat diese Forderung erläutert:

„Die bei weitem große Mehrzahl der Arbeiter hat keinen Sinn für politische Bestrebungen, d. h., dieselben interessieren sich nicht für Reichstag und Gesetzgebung, für Zollsteuer-, Verkehrs-, Landes- und Fürstenfragen, für Republik oder Monarchie . . . Am besten sind dieselben zugänglich für Lohnerhöhung, kurze Arbeitszeit, Reise- und Krankenunterstützung¹³.“

Für Hillmann (dem als Organisationsform der Zusammenschluß lokaler Vereine zu nationalen Berufsverbänden vorschwebte) gab es gar keinen Zweifel daran, daß der tägliche gewerkschaftliche Kampf und Widerstand, die polizeiliche und publizistische Verfolgung die Gewerkschaftsmitglieder zwangsläufig einsehen

11 S. dazu Karl Zwing, *Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Jena 1926, S. 50.

12 Zit. nach Zwing, a.a.O., S. 46.

13 Artikelserie „Praktische Emanzipationswinke“, in: „Der Volksstaat“, 1873, Nr. 40/42, 44, 44 a zit. nach Bringmann, a.a.O., S. 369 f.

lassen müßten, „daß ihre Bestrebungen mit denen der Sozialdemokraten sich identisch verhalten“¹⁴.

Yorks Organisationsplan scheiterte nicht nur an den Polizeibehörden, sondern auch weil er — so Hillmann — „von den meisten unserer Parteigenossen in seiner ganzen Tragweite (nicht) begriffen“¹⁵ worden ist. Das war milde ausgedrückt. Die Pläne Yorks wurden von vielen Parteirepräsentanten rundweg abgelehnt¹⁶.

Die Verfechter des Primats der Partei befürchteten, daß die gewerkschaftliche Politik den Arbeitern vorgaukeln würde, sie könnten durch die Summierung von Einzelerfolgen langsam und stetig eine grundsätzliche Änderung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Lage herbeiführen. Dies könnte ihr Interesse von dem notwendigen politischen Kampf abziehen und sie womöglich auch einer anderen als einer sozialistischen Partei zuführen¹⁷.

Gewerkschafter wie York und Hillmann taten solche Einwände mit beißen den Hinweisen auf notwendige praktische Arbeit und Organisation ab: „Mit der Phrase Proletarier aller Länder vereinigt Euch' im Munde und den Händen in der Tasche, ist für die Organisation ganz und gar nichts getan.“ Oder „Ein Quentchen organisatorischer Kraft ist besser als ein Zentner theoretischer Wortmacherei“¹⁸. Hier ist schon die Auseinandersetzung angelegt, die 1890 wieder auflebte. Sie kreiste um die Frage, ob über dem letztlich punktuellen und zufälligen Kampf um mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit usf. das Ziel, die Abschaffung des Lohnsystems, aus dem Auge verloren würde; ob Milderung der Ausbeutung mittels gewerkschaftlicher Erfolge nicht eigentlich eine Sisyphusarbeit sei, bei der zudem das Bewußtsein von der Vergeblichkeit abhanden komme; ob mehr oder weniger koordinierte reformistische Einzelschritte die Orientierung an einem programmatischen Ziel überflüssig machten.

„Sisyphusarbeit oder positive Erfolge“¹⁹ — Der Streit um die Rolle der Gewerkschaftsarbeit nach dem Ende des Sozialistengesetzes

Mit dem „Sozialistengesetz“, das sich gegen angebliche „gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie“ richtete, wollte der Bismarcksche Obrigkeitsstaat der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzen. Aber trotz Illegalisierung

14 Bringmann, a.a.O., S. 368.

15 Ebenda, S. 371.

16 S. den Artikel „Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften“, in: „Der Volksstaat“ v. 11.6. 1873, zit. nach Bringmann, a.a.O., S. 219.

17 Hillmann wurde denn auch „Mangel an Prinzipienklarheit“ vorgeworfen, s. ebenda.

18 „Der Volksstaat“ v. 22.5.1874, zit. nach John A. Moses, Das Gewerkschaftsproblem in der SD AP 1869—1878, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, hrsg. und eingeleitet von Walter Grab, 3. Bd., Tel Aviv 1974, S. 173—202, S. 195 f.

19 So lautete der Titel einer von der Generalkommission 1910 herausgegebenen Broschüre (Untertitel: „Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften“), die gegen Thesen Kautskys gerichtet war.

der Organisation und trotz großer personeller Verluste ging die Sozialdemokratie gestärkt aus den 12 Jahren der Verfolgung (1878 bis 1890) hervor. Eine ganz wesentliche Rolle für die Selbstbehauptung der *Partei* während des Ausnahmegesetzes spielte die gewerkschaftliche Organisation. Zwar waren 1878 fast alle Gewerkschaftsverbände ebenfalls verboten und aufgelöst worden, aber im Laufe der Zeit entwickelten sich „quasi-gewerkschaftliche Organisationen in Form von Fachverbänden“, die Unterstützungskassen errichteten und Fachblätter herausgaben. In den 80er Jahren, bei „milderer“ Handhabung des Sozialistengesetzes durch die Behörden, wurden zahlreiche neue Zentralverbände gegründet. Unter den Einschränkungen des „Schandgesetzes“, aufgrund der Notwendigkeit, wenigstens minimale Verbesserungen für ihre Mitglieder zu erreichen, und schließlich angesichts der Bismarckschen Sozialgesetzgebung tendierten führende Gewerkschafter zu einer starken Neutralisierung der Gewerkschaftspolitik und zu einer — über die bloß verbale Taktik hinausgehenden — Distanzierung von der Sozialdemokratie²⁰.

Am weitesten ging hier der „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker“ (UVDB), der sich konsequent auf eingegrenzte sozialpolitische Aktivitäten (Arbeitslosen-, Invaliden-, Krankenkasse) beschränkte. Er hatte damit zunächst Erfolg²¹. Aber die eindeutig opportunistische Haltung des UVDB („Ein königlich-preußischer Gewerksverein“) gegenüber dem Vater des Sozialistengesetzes, Bismarck, die rigorose Vorstandspolitik gegenüber unbequemen Lokalorganisationen sowie die konkurrierende Fachvereinsbewegung ließen den UVDB schließlich doch nicht zu einem „Modell“ für eine zukünftige Gewerkschaftsorganisation und -politik werden. Allerdings finden sich wesentliche Elemente der UVDB-Politik auch in den Vorstellungen und der täglichen Arbeit anderer Gewerkschafter.

Die Fachverbände der Maurer, Schuhmacher, Zigarettenarbeiter, Bäcker, Schlosser, Klempner, Tischler, Schneider, Zimmerer, Maler und Lackierer u. a., die sich seit 1882 überall in Deutschland auf lokaler Ebene spontan (etwa nach Streikbewegungen) bildeten, waren unterschiedlich stark, unterschiedlich organisiert und unterlagen vielerlei gesetzlichen Einschränkungen, die oft zur Tarnung zwangen. Gemeinsam war den Fachvereinen die Orientierung an den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, die zuweilen geradezu „zünftierisch“ eng gesehen wurden. Obwohl die führenden Männer der Fachvereinsbewegung sich zur Sozialdemokratie bekannten und die Bismarcksche Sozialgesetzgebung

20 Vgl. hierzu: Hedwig Wachenheim, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844—1914*, Frankfurt (M.)/Wien/Zürich 1971, S. 221 ff.; Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, *Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts*, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, Köln 1975, S. 61—120; Hans O. Hemmer, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*, Wuppertal 1974, S. 8.1—109.

21 Der UVDB blieb vom Sozialistengesetz verschont. Zum UVDB s. Gerhard Beier, *Schwarze Kunst und Klassenkampf*, Bd. I: *Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerksverein (1830—1890)*, Frankfurt/M. 1966, S. 490 ff.

- anders als der UVDB — skeptisch einschätzten oder ablehnten, war doch der „trade-unionistische“ Grundzug ihrer Politik unverkennbar. Sie schätzten die gewerkschaftliche Arbeit höher als die politische und wandten sich gegen den „ideologischen Zug, der der deutschen Arbeiterbewegung innewohnt“²².

Das sozialdemokratische Parteiorgan, der „Sozialdemokrat“, hielt dagegen, daß es gerade kennzeichnend für die deutsche Arbeiterbewegung sei, „Sinn für theoretische Fragen, das Verständnis der Dinge, die über den engen Gesichtskreis der nächstliegenden Interessen hinausreichen“²³, zu haben. Für die aktiven Gewerkschafter spielte dieses „Theorieverständnis“ allerdings eine sehr untergeordnete Rolle: „Man kann nicht behaupten, daß Gewerkschafter zu irgendeinem Zeitpunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland Fachleute für Theorie waren“²⁴.“ Sie bezogen ihre Legitimation aus unmittelbaren Erfolgen für die Mitglieder, für die Stabilisierung der Organisation. Die unauffällige Gewerkschaftsarbeit, die kleinen gewerkschaftlichen Schritte, die Vereinsolidarität waren es vor allem, die die Arbeiterbewegung über das Sozialistengesetz retteten, und so konnten die Gewerkschaften am Ende des Sozialistengesetzes mit gestärktem Selbstbewußtsein der Partei gegenüberreten.

Die Jahre nach dem Sozialistengesetz brachten allerdings zunächst nicht den großen gewerkschaftlichen Durchbruch. Die Streiks der frühen 90er Jahre führten durchweg zu schweren Niederlagen und nicht zur Stabilisierung der Verbände. Außerdem war die „Organisationsfrage“ umstritten. Zwar fiel schon bald eine erste Entscheidung gegen die „lokalistische“ Organisationsform, aber zur verbindlichen Festlegung auf das Industrieverbandsprinzip reichte es nicht²⁵. Schließlich gelang es der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, die 1890 gegründet worden war und Abwehrstreiks unterstützen sowie den Organisationsgedanken verbreiten sollte, trotz der geschickten Politik ihres Vorsitzenden *Carl Legten* zunächst nicht, ihre Rolle zu bestimmen. Hinzu kam, daß sie von vielen Parteivertretern als unziemliche Konkurrenz zum bisher einzigen Exekutivorgan der sozialistischen Bewegung, dem Parteivorstand, behandelt wurde. Diese Probleme und Auseinandersetzungen zehrten die gerade gewonnene Kraft der Gewerkschaften rasch auf; die Sozialdemokratische Partei hingegen wurde zusehends stärker²⁶.

22 Zit. nadi "Wolfgang Schröder, Partei und Gewerkschaften, Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1868/69 bis 1893, Berlin (O.) 1975, S. 221.

23 Ebenda.

24 John A. Moses, The Trade Union Issue in German Social Democracy 1890—1900, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 19/20, Dez. 1973, S. 1—19, S. 3.

25 Zur Auseinandersetzung mit den „Lokalisten“, die auch im weiteren Verlauf noch eine gewisse Rolle bei der Beziehung Gewerkschaften — Partei spielten (die „Lokalisten“ vertraten später teilweise anarcho-syndikalistische Positionen) s. Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900, Berlin (W.) 1959, S. 113 ff.

26 Ebenda, S. 107 f.

Führende Sozialdemokraten (z. B. Bebel) gingen davon aus, daß die Verwirklichung des sozialistischen Staates unmittelbar bevorstehe. Insofern schätzten sie die Bedeutung der Gewerkschaften gering ein und lehnten etwa die Bemühungen Legiens ab, Parteimitglieder zur Organisation in Gewerkschaften zu verpflichten. Das 1891 in Erfurt beschlossene Programm der SPD, das in seinem praktischen Teil u. a. Arbeiterschutzgesetzgebung, Normalarbeitstag, Verbot der Kinder- und Nacharbeit fordert, stellt die Führung der Partei klar heraus:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei²⁷.“

Da blieb nicht viel Platz für die Gewerkschaften, und obwohl Bebel in Erfurt den Gewerkschaften die Existenzberechtigung einräumte, erinnerte er auch an die, die meinten, daß Gewerkschaften der politischen Arbeit eine Menge Substanz und Energie entzögen²⁸.

Carl Legien hat in dieser Zeit immer wieder auf die Bedeutung und die Eigenständigkeit der Gewerkschaften hingewiesen und hat zentralisierte und „föderierte“ (s. die Pläne Yorks) Gewerkschaften propagiert. Zwischen Legien, der damals gerade 30 Jahre alt war, den Spitzenpolitikern der SPD und den Parteitheoretikern kam es darüber zu heftigen Auseinandersetzungen. Legien akzeptierte zwar die abwartende Haltung der Partei und zweifelte auch nicht an deren Führungsrolle, aber er beanspruchte Selbständigkeit für die Gewerkschaften und die Gelegenheit, in einer bürgerlichen Gesellschaft das Mögliche für die Arbeiter zu erreichen. Er wettete gegen die „graue Theorie“, polemisierte gegen die Theoretiker in der Parteipresse und hielt die „praktische Arbeit“ dagegen. Wenn der Arbeiter erkenne, daß er konkret selbst etwas gegen die Ausbeutung tun könne, würde das wichtiger sein als alle Theorien. Wenn die Partei nicht entschiedener mit den Gewerkschaften solidarisch sei, würde das an den Lebensnerv gehen. Die Parteipresse blieb ungerührt bei ihrer Geringschätzung der Gewerkschaften, der „Vorwärts“ sprach gar von „*dem weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei*“²⁹. Die Auseinandersetzung bedurfte der Klärung: Der Kölner Parteitag der SPD von 1893 sollte sie bringen. Carl Legien, Ignaz Auer, der praktisch denkende Parteisekretär und ehemalige Gewerkschafts-

27 Zit. nach: Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt/M. 1970, S. 311.

28 Moses, Issue, S. 7.

29 „Vorwärts“ Nr. 265 (1892), zit. nach Paul Umbreit, 25 Jahre Deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890—1915, Berlin 1915, S. 25.

Vorsitzende der Sattler, und August Bebel waren die Hauptredner in der Gewerkschaftsdebatte.

Legien wies erneut auf die Bedeutung der Gewerkschaften für die Organisation vor allem „unpolitischer“ Arbeiter und für die ständige Solidarisierung, etwa durch Streiks, hin, die die Partei nicht leisten könne. Schließlich könnten die Gewerkschaften die Arbeiterklasse für die größeren Kämpfe der Zukunft vorbereiten. Außerdem verwahrte er sich scharf gegen die Angriffe der Parteipresse und bekräftigte den Führungsanspruch der Generalkommission. Auer sah darin den Versuch, eine konkurrierende Organisation zur Partei zu schaffen. Kapitalkonzentration und staatliche Sozialpolitik würden den Gewerkschaften den Garaus machen, führte August Bebel aus — in falscher Einschätzung der Entwicklung. Legiens Vorstellungen, die auf so etwas wie Gleichberechtigung der Gewerkschaften hinauslaufen mochten, seien „Größenwahnsinn“, die Gewerkschaften hätten sich der Partei zu unterwerfen, das war der Tenor der Debatte auf dem Parteitag, der sich auch nur zu einer Sympathieerklärung für die Gewerkschaften verstehen konnte³⁰.

Die Vorherrschaft der Partei schien gefestigt, die Zukunft der Gewerkschaften trübe zu sein. Die Analyse der Partei sah noch immer den baldigen notwendigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vor. Gewerkschaftliche Bemühungen, die Lage der Arbeiter im System zu verbessern, muteten weitgehend überflüssig an, seien sogar dazu angetan, daß die Arbeiter „versimpeln und versumpfen“³¹. Gewerkschafter wie Carl Legien meinten, dabei sei vergessen worden, „daß der Gang der gesellschaftlichen Entwicklung ein überaus langsamer ist“, und übersehen worden, „die Einrichtung zu schaffen, welche den Arbeiter zu jenem fortgesetzten Opfermut und der unbeugsamen Konsequenz erziehen, wie sie nur der ununterbrochene gemeinsame Kampf um die notwendigsten Lebensbedingungen zu erzeugen vermag“³². Sie lehnten die bloße Zukunftserwartung ab.

Die Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften wuchs seit 1895 erheblich an (1895: 255 521, 1906: 1446 739, 1913: 2 573 718³³). Die Position der Generalkommission innerhalb der Gewerkschaftsbewegung festigte sich, die Verselbständigungstendenzen gegenüber der Partei wurden stärker. Dies wird besonders deutlich an der Entwicklung eigenständiger sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Forderungen.

Carl Legien und *Adolph von Elm* (Mitglied der Generalkommission, führender Vertreter der Genossenschaftsbewegung) drängten bereits 1894 auf eine gewerkschaftliche Sozialpolitik. Ihre „dunklen Pläne“ stießen in der Partei auf

30 S. dazu Moses, *Issue*, S. 13, und Ritter, a.a.O., S. 126.

31 Zit. nadi Schröder, a.a.O., S. 315.

32 Ebenda.

33 Zahlenangaben nach: Ritter/Tenfelde, a.a.O., Tabelle nach S. 120 (1895); Paul Hirschfeld, *Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896—1906*, Jena 1908, S. 3 (1906); Zwing, a.a.O., S. 82 (1913).

äußerstes Mißtrauen — der „Riß“ durch die Arbeiterbewegung wurde vorhergesehen. Legien präsentierte dem Parteitag in Gotha (1896) dennoch den Anspruch auf eine gewerkschaftliche Sozialpolitik (obwohl den Gewerkschaften „politische“ Betätigung gesetzlich verboten war!), die er — erstmalig — von der „Partei-politik“ abhob. Legien erläuterte, daß Sozialpolitik ohne Rücksicht auf parteipolitische Zugehörigkeit gemacht und sozialpolitische Forderungen wie Acht-studentag und Arbeitsschutz auch gegen bestehende Gesetze propagiert werden müßten. Dazu und zur Veränderung dieser Gesetze im gewerkschaftlichen Sinne bedürfe es einer starken und schlagkräftigen Organisation („Die Organisation ist alles!“)³⁴. Bebel wies Legiens Anspruch als unrealistisch zurück: Eine gewerk-schaftliche Organisation könne niemals „politische“ Aufgaben erfüllen. Sie konnte. Von den lokalen sozialpolitischen Anfängen *Max Quarcks* in Frankfurt über den Kampf gegen die „Zuchthausvorlage“ und für Koalitionsrecht bis hin zur Einrichtung einer sozialpolitischen Abteilung bei der Generalkommission (1905) verbreiteten sich die — durchaus erfolgreichen — politischen und sozial-politischen Aktivitäten der Gewerkschaften ständig³⁵.

Auch auf dem Gebiet der praktischen Rechtshilfe schufen die Gewerkschaften mit den Arbeitersekretariaten, die seit 1894 in vielen Städten gegründet wurden, Erhebliches: Hier wurde nicht nur Rechtsauskunft und -beistand gewährt, sondern auch über sozialpolitische Zusammenhänge informiert und statistisches Material über die Lage der Arbeiterschaft gesammelt³⁶.

In der gleichen Zeit entwickelte sich das Tarifvertragswesen weiter; die Buchdrucker leisteten — wenn auch unter erheblichen inneren Auseinandersetzungen — Vorreiterdienste auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsvertrags. Nach Jahren der Erfolge und Erfahrungen auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet (während die Partei „sozialpolitische Abstinenz“ übte) wurden 1908 gewerkschaftliche Leitsätze und Grundforderungen formuliert:

„Insbesondere fordert der Kongreß: /.

Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:

1. Arbeiterkammern; 2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäf-tigten Personen; 3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können; 4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge); 5. Verbot des Trucksystems in allen Formen.

II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:

1. Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages; 2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; 3. Verbot der Nachtarbeit, außer für

³⁴ S. Moses, *Issue*, S. 16.

³⁵ Hierzu im einzelnen Ritter, a.a.O., S. 154 ff.

³⁶ Gesamtüberblick neuerdings bei Martin Martiny, Die politische Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate vor dem Ersten Weltkrieg, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, Köln 1975, S. 153—174.

solche Arbeiten, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen; 4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter; 5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlaß von wirksamen Krankheitsverhütungsvorschriften; 6. Unfallverhütung; unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

III. Zur Bewahrung vor Versinken in Pauperismus:

1. Vereinheitlichung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten, a) Entschädigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungszweigen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind; b) Schaffung einer Mutterschaftsversicherung; c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung; d) Witwen- und Waisenversorgung³⁷."

Die Gewerkschaften hatten damit erstmalig so etwas wie eine programmatische Initiative entwickelt.

Während die staatlichen Stellen mit Argwohn den „Prozeß der Erringung immer neuer Positionen durch die Arbeiter“³⁸ beobachteten, blickte die Sozialdemokratische Partei skeptisch auf den damit verbundenen „Prozeß der Angleichung an die bestehenden Verhältnisse“³⁹. Für die praktische Politik der Gewerkschaften schien das Wort des Revisionisten *Eduard Bernstein* über das „Endziel des Sozialismus“ zu gelten, das besagt: „Dieses Ziel, was es immer sei, ist gar nichts, die Bewegung alles ...“ Allerdings vermieden es die Gewerkschaftsführer peinlich, sich in die theoretischen Flügelkämpfe der Partei mit eigenen Beiträgen einzumischen. Sie machten reformistische Politik, ohne viel darüber zu reden⁴⁰. Über den tagtäglichen kleinen praktischen Erfolgen mußte das Endziel — die grundlegende Änderung des Gesellschaftssystems — zu einer bloßen Vision verblasen oder gar in Vergessenheit geraten. Um das Ziel und den Weg dorthin mochten sich die Theoretiker der Partei streiten, gewerkschaftliche Arbeit schien nicht der „Theorie“ zu bedürfen, sondern brauchte den „Zustand der ruhigen Entwicklung“⁴¹.

An dem Punkt, wo die Parteistrategen versuchten, in Verfolgung ihrer Ziele gewerkschaftliche Errungenschaften, gewerkschaftliche Organisation aufs Spiel zu setzen, fand die Großzügigkeit in theoretischen und programmatischen Fragen ihr Ende: Die Diskussion um die gewerkschaftliche Neutralität und den Massentstreik beweisen das.

37 Zwing, a.a.O., S. 84.

38 Ritter, a.a.O., S. 170.

39 Ebenda.

40 Vgl. die plastische Darstellung bei: Theodor Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf. 2. Auflage, Halberstadt 1930, S. 29 und S. 287 ff.

41 S. Hans-Josef Steinberg, Die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 121—134, S. 132.

„Neutralisierung“ der Gewerkschaften und Massenstreikdebatte

Nach der Gründung der christlichen Gewerkschaften (1899) entwickelte sich eine heftige Diskussion zwischen Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften über die „Neutralität“ der Gewerkschaften, d. h. ihre Toleranz gegenüber religiösem Glaubensbekenntnis und politischer Bindung ihrer Mitglieder. Die Gewerkschafter Legien, v. Elm, *Leipart* (1908 bis 1919 Vorsitzender der Holzarbeitergewerkschaft, 1921 bis 1933 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ADGB) argumentierten, daß Neutralität die Voraussetzung zur Organisierung aller Arbeiter sei, deren Lage ja im Prinzip gleich sei, die aber durch einseitige parteipolitische oder religiöse Festlegung abgeschreckt werden könnten. Sie widersprachen den Befürchtungen ihrer Kritiker, die Gewerkschaften würden sich auf den Weg des Opportunismus begeben mit dem Hinweis, daß die organisierten Arbeiter über die gewerkschaftliche Solidarität am ehesten zu Klassenbewußtsein gelangten. Das neugewonnene Selbstbewußtsein der Gewerkschafter, die ihre Organisationen nunmehr ausdrücklich der Partei gleichberechtigt an die Seite stellten, war nicht zu überhören. Und die Partei zeigte Wirkung — am deutlichsten sichtbar in der Rede August Bebeis über „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“, in der er — der sich vorher vielfach so skeptisch über die Gewerkschaften geäußert hatte — die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Neutralität bestätigt und ihnen Selbständigkeit gegenüber der Partei einräumt. Gleichzeitig bedauert er die „Spaltung der deutschen Gewerkschaften“ (in Freie, Christliche, Hirsch-Dunckersche) und fordert eindringlich deren Vereinigung.

In der Neutralitätsdiskussion hatten sich die Freien Gewerkschaften erstmals mit Erfolg von der Partei gelöst. Die Probleme, die mit dieser Verselbständigung einhergingen, aber auch die Frage, ob die Gewerkschaften sich nun auch gegebenenfalls praktisch und programmatisch durchsetzen könnten, wurden ausführlich und in gewisser Weise endgültig in den kommenden Jahren diskutiert und entschieden.

In die international geführte und durch die russische Revolution von 1905 bestärkte Diskussion um Generalstreik und politischen Massenstreik schaltete sich die deutsche Sozialdemokratie nur zögernd ein: Derartige außerparlamentarische Kampfmethoden widersprachen der seit dem Sozialistengesetz eingeschlagenen Taktik der Partei, im Parlament ihr Hauptarbeitsfeld zu sehen. Wahlerfolge und die Unterstützung durch Friedrich Engels schienen diese Politik zu legitimieren. Die deutliche Wirkungslosigkeit der parlamentarischen Arbeit trotz gestiegener Stimmzahlen bei den Wahlen von 1903 machte die Suche nach alternativen Strategien notwendig. *Rosa Luxemburg* verfolgte am konsequentesten solche Überlegungen: Die „direkte politische Massenaktion“, die aus der proletarischen Spontaneität erwachse, werde die Einheit von ökonomischem und politischem Kampf zur revolutionären Umwälzung wieder herstellen. Sie ging davon aus, daß nicht

in erster Linie die bestehenden Organisationen, sondern die Unorganisierten diese Massenaktionen tragen müßten⁴².

Karl Kautsky widersprach. Er hielt den Massenstreik für das äußerste Mittel gegen eine Konterrevolution. Eduard Bernstein schließlich konnte sich den Massenstreik nur als Verteidigungswaffe gegen Angriffe auf Wahl- oder Koalitionsrecht vorstellen⁴³.

Die Gewerkschafter begegneten dem „Literatengezänk“ mit Mißtrauen und Unverständnis — zumal Luxemburg und Kautsky die Rolle der Gewerkschaften in Frage stellten. Beide nannten den gewerkschaftlichen Kampf erneut eine „Art Sisyphusarbeit“, die zwar dem Arbeiter „zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate“ überhaupt erst ver helfe, nicht aber „eine ökonomische Angriffspolitik gegen den Profit“ sein könne⁴⁴.

„Generalstreik ist Generalunsinn“ — dieses auf anarcho-syndikalistische Streikvorstellungen gemünzte „Wort Ignaz Auers wurde von den Gewerkschaften auch in der Massenstreikdebatte gebraucht. Sie sträubten sich gegen jede theoretische Diskussion („Nur eines wird für alle Zeiten ausgeschlossen sein: das ist die Erwartung, daß außerhalb der Gewerkschaft stehende Kreise von Theoretikern und Dogmatikern jemals auf deren Entscheidung Einfluß gewinnen werden⁴⁵“), ja, lehnten sie als schädlich ab („Die Literaten mögen ja tun, was sie wollen, der Arbeiterbewegung leisten sie keinen guten Dienst!“⁴⁶). Sie wollten keine unkontrollierte Bewegung propagiert wissen, die womöglich scheitere und die Gewerkschaften schwäche. Dem in seiner Wirkung unbekanntem Mittel „Massenstreik“ setzten sie die bewährte Kraft der Organisation entgegen:

„In der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben wir dafür zu sorgen, daß die Diskussion (über den Massenstreik, HÖH) verschwindet und daß, man die Lösung der Zukunft, dem gegebenen Augenblick überläßt. Wir alle wissen, welche Mühe es gekostet hat, daß die Gewerkschaften einen solchen Stand erreicht haben. Das ist nicht die Arbeit eines Jahres . . . Um aber unsere Organisation auszubauen, dazu bedürfen wir in der Arbeiterbewegung Ruhe⁴⁷.“

Diese Ruhe wollten die Gewerkschaften auf jeden Fall erhalten. Bevor ein Parteibeschuß in der Massenstreikfrage gefallen war, beschloß der Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905:

„Der Kongreß hält . . . alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der

42 S. Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt (M.)/Wien 1966, S. 135—228.

43 Vgl. Deppe, a.a.O., S. 68 f.

44 So Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 47—133, S. 103 f.

45 Cassau, a.a.O., S. 154.

46 Theodor Bömelburg, der Vorsitzende des Bauarbeiter-Verbandes, zit. nach Cassau, a.a.O., S. 154.

47 Bömelburg in seinem Referat „Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik“ beim 5. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (Köln 1905), zit. nach: Die Massenstreikdebatte, hrsg. und eingeleitet von Antonia Grunenberg, Frankfurt/M. 1970, S. 346—354, S. 350.

organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen⁴⁸."

Die Partei verwahrte sich gegen diese gewerkschaftliche Einmischung in politische Fragen. In der Parteipresse tauchten Bezeichnungen wie „Pfennigfuchser“, „versumpfte Kreaturen“ für die Gewerkschaftsführer auf, wurde „deren Verachtung der Theorie und Begeisterung für die praktische Arbeit als den Weg zum Heil“⁴⁹ beklagt. August Bebel bemängelte auf dem Jenaer Parteitag (1905) die „Nurgewerkschaftlerei“ und referierte, „wie böse es bei einem Teil unserer jungen Gewerkschafter aussieht, die höhnen ja über die Partei, über den Sozialismus, über den Zukunftsstaat“⁵⁰. Der Parteitag stimmte einer Resolution Bebeis zu, die „die umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung“⁵¹ für den Fall eines Angriffs auf das Wahl- und Koalitionsrecht oder als Mittel zur Eroberung eines wichtigen Grundrechts vorsah. Das ging über den Kölner Beschluß hinaus, beinhaltete aber im Grunde keine praktikierbare politische Alternative zur gewerkschaftlichen Auffassung. Die Gewerkschaften blieben denn auch konsequent. In einer Geheimverhandlung zwischen Generalkommission und Parteivorstand wurde vereinbart, „daß der Inszenierung von Massenstreiks nach Möglichkeit entgegenzuwirken sei“⁵².

Vor diesem Hintergrund fand die letzte große offizielle Diskussion über den Massenstreik beim Mannheimer SPD-Parteitag von 1906 statt. Bebel räumte ein, „daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und -mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann“⁵³. Eine gemeinsame Resolution Bebel/Legien, das „Mannheimer Abkommen“, unterstrich nicht nur die Gleichwertigkeit der Aufgaben von Partei und Gewerkschaften, sondern sicherte den Gewerkschaften auch ein Mitspracherecht in weiten Teilen der Parteipolitik. Alle Versuche Kautskys, die Vorherrschaft der Partei, die er aus deren „höherer Funktion“, dem Kampf um den Sozialismus, ableitete, festzustellen, scheiterten.

Der Reformismus, der die Gewerkschaften stark gemacht hatte, war auch für die Partei programmatisch vorgezeichnet. In Mannheim „hatte sich das Machtzentrum . . . von der politischen Bewegung zu den Gewerkschaften verlagert, die

48 Zit. nach Massenstreikdebatte, S. 345 f.

49 Zit. nach Wachenheim, a.a.O., S. 408.

50 Zit. nach Massenstreikdebatte, S. 370.

51 Ebenda, S. 355.

52 Umbreit, a.a.O., S. 78.

53 Zit. nach Massenstreikdebatte, S. 384.

MARTIN MARTINY

wiederum den reformistischen Flügel in der Partei stärkten". Damit war auf die Dauer den „materiellen Interessen in der bestehenden Ordnung Vorrang vor den ‚idealen‘ Interessen der Arbeiterklasse an der Überwindung des Kapitalismus gegeben" ⁵⁴ worden.

54 Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917, The Development of the Great Schism*. New York 1965, S. 53.